

Bürger, Unternehmer und Reichskasse profitierten

BZ
12.11.2018

Vortrag zum Judenpogrom in der ehemaligen Synagoge Kippenheim

KIPPENHEIM. Die Zuspitzung der „Judenfrage“ von 1933 bis über die Pogromnacht im November 1938 hinaus hat Heinrich Schwendemann vom Historischen Seminar der Universität Freiburg bei einem Vortrag in der ehemaligen Synagoge in Kippenheim aufgezeigt. Es habe unterschiedliche Phasen gegeben, sagte Schwendemann. Seit der „Machtergreifung“ Hitlers 1933 wurden die Rechte der jüdischen Bevölkerung in Deutschland systematisch beschnitten. Die seit 1861 rechtlich gleich gestellten Juden mussten immer mehr Einschränkungen hinnehmen. „Bis Kriegsende hatte die Bürokratie 2000 Gesetze und Verordnungen gegen die Juden erlassen.“

Die Gängeleien und Bedrohungen gipfelten im Pogrom vor 80 Jahren, als am 9. und 10. November 1938 in der Ortenau wie in ganz Deutschland Hunderte Synagogen und zahlreiche Privat- und Geschäftshäuser demoliert oder niedergebrannt wurden. Etwa 400 Jüdinnen und Juden seien ermordet oder in den Freitod getrieben und in der Folge rund 30 000 weitere in Konzentrationslagern inhaftiert und misshandelt worden.

Aus Umsiedlungsplänen wurden Vernichtungspläne

Von 1933 bis 1937 habe es Nazi-Pläne gegeben, sie bis hinter den Ural zu treiben, nach Madagaskar zu bringen oder nach Palästina. 1934 habe es so etwas wie eine Atempause gegeben, so der Vortragende. Dann aber steigerte sich der Rassenwahn, angetrieben von Joseph Goebbels. 1935 wurden die Nürnberger Gesetze erlassen, die nur noch sogenannten Viertel-Juden erlaubten, Arier zu hei-

raten. Die Juden wurden aus der Wirtschaft gedrängt und nach dem Anschluss Österreichs 1938 und den Ausschreitungen in Wien, erhöhten auch die Machthaber in Deutschland ihre Hetze, so Schwendemann. Schließlich inszenierte die Nazi-Regierung eine Bestrafung aller Juden, die sich als „Volkszorn“ äußern sollte. Anlass war das Attentat eines Juden auf einen deutschen Diplomaten in Paris, was Goebbels in seiner Hetzrede instrumentalisierte und einen Vergeltungsakt der deutschen Bevölkerung an den jüdischen Mitbürgern heraufbeschwor. Er habe die Polizei angewiesen, sich bei Attacken auf Juden zurückzuhalten und die Feuerwehren sollten nur Brände löschen, wenn arischer Besitz in Gefahr sei. Das Ergebnis war die Reichspogromnacht. „Aber Goebbels Erwartungen sind nicht aufgegangen“, sagte Schwendemann. Die Bevölkerung habe nicht so reagiert, wie er sich das wünschte. SA und Hitlerjugend hätten zwar die größten Verwüstungen an jüdischem Eigentum angerichtet. Die Bevölkerung habe das Treiben aber vielfach schweigend beobachtet. „In Freiburg wurde in der Pogromnacht kein jüdisches Geschäft zerstört, jedoch die Synagoge“, sagte der Historiker. Von da an habe niemand mehr sagen können, er wisse nichts von der Judenverfolgung. Ab 1939 habe es kein jüdisches Geschäft mehr gegeben. Die Juden durften nicht mehr ins Theater, in die Kinos oder Schwimmbäder.

Es folgte ein Paradigmenwechsel, so Schwendemann: Von nun an versuchte man die Juden in Ghettos zu versammeln und zu ermorden. Wirtschaftlich waren die Juden bereits liquidiert. Bürger, Unternehmer und die Reichskasse hätten immens profitiert. Nach der Verschleppung der südwestdeutschen Juden ins Lager Gurs im Oktober 1940 meldete Robert Wagner als erster im Deutschen Reich seinen Gau judenfrei. Es folgte die als Holocaust bekannte Ermordung der Juden, die physische Vernichtung.

Zur aktuellen Entwicklung des Antisemitismus und Fremdenhasses in Deutschland sagte Schwendemann: „Ich hätte das in Deutschland nicht für möglich gehalten.“ Zu Beginn seines Vortrags erzählte er, wie er, 1956 im Kinzigtal geboren, lange Zeit auf Fragen zu jener Zeit keine Antwort erhalten habe. Das habe sich erst in den 1980er Jahren geändert. Seinen ersten Kontakt mit dem Thema habe er als Achtjähriger gehabt. Damals habe ihm sein Vater den jüdischen Friedhof Schmieheim gezeigt und gesagt: „Die wurden alle umgebracht.“



Heinrich Schwendemann bei seinem Vortrag

FOTO: ERI SIEBERTS